

[Home](#) > [Hamburg & Region](#) > [Pinneberg](#)[zurück zu Nachrichten Pinneberg](#)

Kreistag für Kooperation der Sparkassen mit der Haspa

Kreis Pinneberg - Weil sie zu lange über eine neue Geschäftsordnung stritten - pikanterweise ging es um die Beschränkung der Redezeiten - blieb die große Haushaltsdebatte aus im Pinneberger Kreistag. Nun müssen die Politiker "nachsitzen", und zwar am kommenden Mittwoch.

Hoch her ging es auch beim Thema Öffnung des Sparkassengesetzes, sprich Beteiligung der Haspa an anderen Sparkassen im Land, vornehmlich aber an der Sparkasse Südholstein. Auch wenn es nur um eine von CDU und SPD eingebrachte Resolution an Landesregierung und Landtag ging, hatten einige Abgeordnete erhebliche Bedenken. Größte Sorge: Die Sparkasse könnte durch den Einstieg der Haspa ihren öffentlich-rechtlichen Charakter verlieren. Die Haspa sei eindeutig eine Privatbank, so Claus-Peter Matetzki (Linke), der mit einem Einstieg der Haspa das Tor zur "Zerschlagung der öffentlich-rechtlichen Sparkassen" weit aufgestoßen sah. Peter Hölzel (Grüne) befürchtete ebenfalls einen "Türöffner für die Privatisierung" und warf die Frage auf, ob nicht auch Managementfehler bei der Sparkasse Südholstein vorlägen. Das wiederum fand Hannes Birke (SPD) eine "skandalöse Unterstellung". Mit einer europarechtskonformen Beteiligung der Haspa werde vielmehr ein langfristiger Beitrag zur Sicherung der öffentlich-rechtlichen Sparkassen geleistet.

Mehr zum Artikel

[Grünes Licht fürs schnelle Internet](#)

Eine Kooperation mit der Haspa werde bereits seit drei Jahren debattiert, ergänzte Landrat Wolfgang Grimme. Die Finanzkrise erwecke den Eindruck, die Sparkasse Südholstein brauche einen Rettungsring, "dem ist nicht so". "Wir wären doch mit dem Klammerbeutel gepudert", so Grimme, nicht mitzumachen, wenn die größte Sparkasse Deutschlands als haftender Anteilseigner am

Eigenkapital einsteigen wolle. "Kommen Sie raus aus der kommunalen Sandkiste", empfahl er den Kritikern. Die Haspa sei im übrigen keine private Bank, sondern dem öffentlichen Recht verpflichtet. Die Resolution wurde mit großer Mehrheit gegen insgesamt sechs Nein-Stimmen und einigen Enthaltungen verabschiedet.

man

erschieden am 30. Januar 2009